



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

20. April 2021

Nr. 2021-218 R-151-13 Parlamentarische Empfehlung Céline Huber, Altdorf, zur Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 3. Juni 2020 reichte Landrätin Céline Huber, Altdorf, zusammen mit den Mitunterzeichnenden Bernadette Arnold, Bürglen, Cornelia Gamma, Schattdorf, und Viktor Nager, Schattdorf, eine Parlamentarische Empfehlung zur Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule ein. Darin wird der Regierungsrat ersucht, die Stundentafel auf der Sekundarstufe I so anzupassen, dass den im Lernplan 21 auf Sekundarstufe I definierten Lernzielen zur politischen Bildung zeitlich angemessen Rechnung getragen wird.

Zur Begründung des Vorstosses wird unter anderem angeführt, dass der politischen Bildung in der Stundentafel der Sekundarstufe I aktuell keine konkreten Leitplanken gesetzt seien. Solche konkreten Leitplanken könnten gemäss Text der Parlamentarischen Empfehlung sein: Ergänzung der Stundentafel mit politischer Bildung als «integrierter Bestandteil im Fachbereich Räume, Zeiten, Gesellschaften (RZG)» sowie in der 2. und 3. Sekundarschulklasse mit jeweils einer halben Lektion.

II. Antwort des Regierungsrats

Vorbemerkung

Nach dem Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz; RB 10.1111) obliegt es dem Erziehungsrat, die Lehrpläne und die Stundentafel für die Volksschule zu erlassen (Art. 64 Abs. 3 Bst. a). Daher hat der Regierungsrat die Parlamentarische Empfehlung zur Bearbeitung und Antragstellung dem Erziehungsrat überwiesen und sich bei der Beantwortung der Parlamentarischen Empfehlung auf dessen Ausführungen abgestützt. Beide Gremien, Erziehungsrat wie Regierungsrat, sind einhellig der Meinung, dass das Funktionieren der demokratischen Strukturen im Kanton Uri auf informierte, interessierte und aktive Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist. Für die Gesellschaft ist es daher von existenzieller Bedeutung, dass das Interesse an politischen Fragestellungen und Prozessen geweckt, dass die aktive Beteiligung angeregt und unterstützt wird und dass die notwendigen Grundlagen vermittelt werden. Hier hat der obligatorische Schulunterricht eine grosse Bedeutung.

Mit Blick darauf hat der Erziehungsrat an seiner Sitzung vom 20. Januar 2021 den Projektauftrag

«Stärkung der Politischen Bildung in der Volksschule» beschlossen und das Amt für Volksschulen beauftragt, eine Projektgruppe einzuberufen und ein Entwicklungsteam zur Erarbeitung von neuen Unterrichtsmitteln zu mandatieren. Das Projekt «Stärkung der Politischen Bildung in der Volksschule» war eine unmittelbare Folge aus den Erkenntnissen des Berichts «Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21», den der Erziehungsrat Anfang 2020 zuhanden des Regierungsrats erstellt hatte, und zwar in Umsetzung des Postulats von Céline Huber, Altdorf, zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21. Die im Bericht gemachten Empfehlungen betrafen im Wesentlichen den optimierten Einsatz von Lehrmitteln, die vermehrte Begegnung der Schule mit der Politik an ausserschulischen Lernorten sowie die optimierte Weiterbildung der Lehrpersonen. Auf diese drei Elemente sowie auf die Frage der zeitlichen Verbindlichkeit wird nachfolgend eingegangen.

Einsatz von Lehrmitteln

Der Projektauftrag des Erziehungsrats zur Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule zielt vorab auf die Erarbeitung webbasierter didaktischer Aufgabensets für die Sekundarstufe I (Themen: Demokratie in der Schweiz; Menschenrechte; die Schweiz als Teil von Europa und der Welt) sowie auf Unterrichtsmaterialien für die Primarstufe in den Themen «Gemeinschaft und Gesellschaft: Zusammenleben gestalten und sich engagieren». Darüber hinaus werden Handreichungen für den Unterricht an ausserschulischen Lernorten erarbeitet und online zur Verfügung gestellt, namentlich zu den demokratischen Institutionen in der Gemeinde und zum Kantonsparlament sowie zu einem Besuch im Bundeshaus Bern für alle Urner Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I.

Pro Thema werden Unterrichtsmaterialien für jeweils rund zehn Lektionen bereitgestellt, inklusive didaktische Informationen für die Lehrpersonen («Lehrerkommentar»). Die Materialien werden vollständig kompatibel zum Urner Lehrplan 21 sein, insbesondere werden kompetenzorientierte Aufgabenstellungen erarbeitet; die Zuordnung zu Kompetenzen und Kompetenzstufen wird berücksichtigt und ausgewiesen. Die Unterrichtseinheiten nehmen Bezug auf Uri und werden in einem einheitlichen Layout in das bestehende webbasierte Heimatkundelehrmittel «URwegs» integriert. Die Fertigstellung der Materialien ist für den Beginn des Schuljahrs 2022/2023 geplant.

Ausserschulische Lernorte

Für alle drei Zyklen werden konkrete Ideen ausgearbeitet, wie die Kinder und Jugendlichen die Unterrichtsinhalte in Bezug auf politische Bildung ausserhalb des Schulzimmers erarbeiten können. Der Besuch demokratischer Institutionen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene ermöglicht das konkrete Erleben von Tätigkeiten politischer Akteure. Fragestellungen wie «Was macht eigentlich eine Landrätin?», «Wie wird man Gemeindepräsident?» oder «Wer vertritt im Ständeratssaal den Kanton Uri, und wie wird dort gearbeitet?» sollen die Kinder und Jugendlichen erleben lassen, dass konkrete Politik mit Orten und Menschen in Verbindung steht. Das Erkenntnisinteresse wird so gestärkt.

Die Angebote richten sich nach den im Lehrplan definierten Kompetenzen in den Bereichen «Räume, Zeiten, Gesellschaften» und «Natur, Mensch, Gesellschaft». Daneben werden auch überfachliche Kompetenzen sowie Kompetenzen im Bereich «Sprache und Medien» abgedeckt. Inzwischen hat die Teilprojektleitung eine Zusammenstellung der theoretischen Grundlagen für den nachhaltigen Unter-

richt unter Einbezug ausserschulischer Lernorte erarbeitet. Diese bilden die Basis für den didaktischen Kommentar zu den Angeboten. Insgesamt geht das Erarbeitungsteam von einem zeitlichen Umfang von mehr als 80 Stunden aus, verteilt auf die Primarschule und die Sekundarstufe I.

Weiterbildung der Lehrpersonen

Bereits für das Schuljahr 2021/2022 haben die drei Kantone Nidwalden, Obwalden und Uri (NORI) in ihr gemeinsames Weiterbildungsprogramm für die Lehrpersonen auch Kurse aufgenommen, die der Sensibilisierung für Themen der politischen Bildung dienen.

Lehrpersonen auf Stufe Kindergarten bis zweite Primarklasse (Zyklus 1) finden den Kurs «Politische Bildung im Zyklus 1 - Lernaufgaben und Umsetzungsperspektiven zum guten Zusammenleben und zu Gerechtigkeit». Kursthema sind die grundlegenden Prinzipien des guten und gerechten Zusammenlebens sowie die Kinderrechte. Die Teilnehmenden lernen aktuelle Lehrmittel kennen und setzen sich mit grundsätzlichen Fragen der demokratischen Gesellschaft auseinander. Die Vermittlung der Inhalte im Unterricht wird vorbereitet, sodass hernach die Grundlagen für politisches Bewusstsein und Handlungsfähigkeit der Kinder gelegt werden können.

Lehrpersonen der dritten bis sechsten Primarstufe (Zyklus 2) setzen sich mit der Entstehung der Menschen- und der Kinderrechte auseinander. Sie lernen, Dilemma-Situationen und politische Prozesse der Entscheidungsfindung beispielsweise mittels Planspielen erfahrbar zu machen. Auch der Einfluss der (sozialen) Medien auf die Urteilsbildung innerhalb von politischen Prozessen wird thematisiert, und es werden Methoden zur Stärkung der Denk-, Arbeits- und Handlungsweisen vorgestellt und für die Umsetzung im Unterricht aufbereitet.

Für Lehrpersonen der Sekundarstufe I (Zyklus 3) ist der Kurs «Politische Bildung - Menschenrechte, Demokratie und die Schweiz» verfügbar. Die Grundlage dieses Kurses bildet die Erkenntnis, dass Schülerinnen und Schüler politische Grossereignisse wie beispielsweise die Präsidentschaftswahlen in den USA aktiv wahrnehmen und Fragen nach der Funktion demokratischer Systeme stellen. Die Kurs teilnehmenden setzen sich mit der Geschichte der Menschenrechte sowie mit den ethischen, historischen und philosophischen Grundlagen des modernen Menschenrechtsverständnisses auseinander. Sie lernen Dialogformen zum Umgang mit Macht und Gewalt kennen, zu Fragen nach Gerechtigkeit und gutem Leben. Sie setzen sich kritisch mit dem Einfluss sozialer Medien auf politische Urteils- und Meinungsbildung auseinander.

Zeitliche Verbindlichkeit

Die Parlamentarische Empfehlung zieht eine Anpassung der Stundentafel für die Sekundarstufe I in Betracht, so wie sie im Kanton Basel-Stadt im September 2019 zwar beschlossen, aber aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen noch nicht umgesetzt wurde: «Politische Bildung» sollte gemäss Stundentafel in der 2. und 3. Sekundarklasse ab Schuljahr 2020/2021 je eine halbe Lektion pro Woche unterrichtet werden, integriert in das Fach Deutsch und den Fachbereich RZG. Diesen Vorschlag für die Urner Stundentafel zu übernehmen, würde bedeuten, dass sich der ausgewiesene Unterricht in politischer Bildung künftig auf höchstens 38 Lektionen beliefe, und zwar beschränkt auf die Sekundarstufe I.

Demgegenüber umfasst die zeitliche Dotation der vom Erziehungsrat beschlossenen respektive in Umsetzung befindlichen Stärkung der politischen Bildung in Uri mehr als 150 Lektionen vom Zyklus 1 bis zum Zyklus 3. Somit wird den im Lehrplan 21 auf Sekundarstufe I (und nicht nur dort) definierten Lernzielen zur politischen Bildung inhaltlich und zeitlich durchaus angemessen Rechnung getragen, und zwar noch stärker als in der Parlamentarischen Empfehlung vorgeschlagen - ohne dass dafür eine Anpassung der Stundentafel nötig ist. Demnach lässt sich das Anliegen der Parlamentarischen Empfehlung in materieller Hinsicht als erfüllt betrachten.

III. Empfehlung des Regierungsrats

Gestützt auf die vorangegangenen Ausführungen empfiehlt der Regierungsrat dem Landrat, die Parlamentarische Empfehlung im Sinne der regierungsrätlichen Antwort zu überweisen und sie als erledigt abzuschreiben.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Text der Parlamentarischen Empfehlung); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Volksschulen; Direktionssekretariat Bildungs- und Kulturdirektion und Bildungs- und Kulturdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

